



© Route55 / Shutterstock.com

Erkundungsmission des EWSA zur Situation der Flüchtlinge – Die Perspektive der Organisationen der Zivilgesellschaft



BERICHT ÜBER DIE INFORMATIONSTREISE
NACH MALTA
18./19. JANUAR 2016



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Bericht über die Informationsreise nach Malta, 18./19. Januar 2016

Im Dezember 2015 und Januar 2016 besuchten Delegationen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) 11 EU-Mitgliedstaaten, um zivilgesellschaftliche Organisationen, die mit Migranten arbeiten, zu treffen und sich über Probleme, Erfordernisse, Misserfolge, Erfolgsgeschichten und bewährte Praktiken der verschiedenen Akteure in der aktuellen Flüchtlingskrise zu informieren, wobei das übergeordnete Ziel darin bestand, einen Beitrag zur EU-Politikgestaltung zu leisten. Mitglieder der Delegation, die nach Malta reiste, waren Stefano Mallia (Malta, Gruppe Arbeitgeber), Berivan Muhriban Öngörür (Schweden, Gruppe Arbeitnehmer) sowie Christian Moos (Deutschland, Gruppe Verschiedene Interessen). Begleitet wurde sie von Annemarie Wiersma (Sekretariat des EWSA).

1. Beschreibung der Treffen

a) Ministerium für den sozialen Dialog, Verbraucherfragen und bürgerliche Freiheiten

Die Direktion für Menschenrechte und Integration arbeitet an einer Integrationsstrategie, welche Maßnahmen beinhaltet, die von den Ministerien für Bildung, Arbeit und Inneres durchgeführt werden sollen. Ziel dieser Strategie ist in erster Linie die Verbesserung der Funktionsweise der staatlichen Behörden, um auftretende Probleme bei Migranten und Flüchtlingen zu lösen. Zur Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt und zur Verringerung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit ist in Malta die Einführung eines Gutscheinsystems für Kurzzeitbeschäftigung vorgesehen. Es bedarf eines europäischen Rahmens für die Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Verfahren sowie für auf die einheimische Bevölkerung zugeschnittene Maßnahmen zur Verbesserung der Wahrnehmung von und des Diskurses über Migranten. Um dies zu erreichen, sollte die EU positive Integrationsmaßnahmen herausstellen.

b) Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO)

Der Aufgabenbereich des EASO wurde kürzlich erweitert und beinhaltet nun die Beteiligung an der Einsetzung und dem Betrieb der EU-Hotspots. Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, 200 Sachverständige zum EASO zu entsenden; im Januar hatten jedoch nur 30 ihre Arbeit dort aufgenommen. Das Personal des EASO unterstützt den Registrierungsprozess, stellt Informationen für neuangekommene Migranten zur Verfügung und ist für die Umverteilung von Flüchtlingen auf entsprechende Länder zuständig. Das EASO betonte, dass die Rückführung irregulärer Migranten der Polizei obliege.

Auf der Grundlage der von den Mitgliedsstaaten übermittelten asylbezogenen Daten wurden neue Tendenzen ermittelt. Dazu zählt in jüngster Zeit ein besorgniserregender Anstieg der Einreisen unbegleiteter Minderjährige. Obwohl die Zahl der Flüchtlinge, die Malta mit dem Schiff erreichen, erheblich zurückgegangen ist, blieb die Zahl der Asylanträge in Malta in den letzten Jahren konstant.

Die meisten Neuankömmlinge stammen aus Syrien und Libyen; ihre Zahl liegt bei durchschnittlich 200 pro Monat. Es ist jedoch bemerkenswert, dass sie nun mit dem Flugzeug und nicht mehr mit dem Schiff ankommen.

c) UNHCR Malta

Seit April 2013 ist die Zahl der Flüchtlinge, die Malta mit dem Schiff erreichen, gering. Allerdings gab es in jüngster Zeit einen Anstieg bei Libyern und Syrern, die nach Malta durch reguläre Kanäle (per Flugzeug) einreisen, um dort Asyl zu beantragen. Nach Ansicht des UNHCR sollte Malta jedoch weiterhin auf eine steigende Zahl von Migranten, die Malta mit dem Schiff erreichen, vorbereitet sein, da die Situation nach wie vor sehr unklar ist. Bis vor kurzem hat Malta alle irregulären Migranten in Gewahrsam genommen, häufig unter unzureichenden Bedingungen. Nun wurden offene Zentren sowie Reformen für das Asylverfahren eingeführt, die sich durch die Einführung einer Erstaufnahmephase auszeichnen, in der eine Registrierung, eine medizinische Untersuchung und eine erste Beurteilung des Asylantrags durchgeführt werden. Da es seit der Einführung dieser Änderungen noch keine Neuankömmlinge gab, können ihre Qualität und Wirkung noch nicht bewertet werden.

Malta ist ein junges Migrationsland und für die Ankunft und Integration von Migranten noch nicht vollständig gerüstet. Integration wird nicht systematisch geregelt. Trotz der Vorschläge von NGO für Elemente eines Integrationskonzepts fehlt ein umfassender Ansatz. Obwohl derzeit eine Integrationsstrategie entwickelt wird, fehlt es noch an einer entsprechenden Dynamik und am nachhaltigen Engagement der Regierung. Die Beschäftigungschancen gelten als gut, obwohl es fraglich erscheint, ob es genügend Anreize für Migranten gibt, einer regulären Beschäftigung nachzugehen. Viele Migranten arbeiten ohne offiziellen Arbeitsvertrag, was häufig zu Ausbeutung in puncto Bezahlung und Arbeitsbedingungen führt.

d) Besuch des offenen Aufnahmezentrums Marsa

Obwohl Malta eine Aufnahmekapazität von 2 200 Plätzen besitzt, werden momentan nur 700 genutzt, davon 100 im offenen Aufnahmezentrum Marsa. Das Zentrum wurde von 2010 bis Herbst 2015 von der Foundation for Shelter and Support to Migrants (FSM) geleitet, danach von der Agency for the Welfare of Asylum Seekers (AWAS).

Offene Zentren sind Teil des Aufnahme-Managementsystems und bieten denen Unterkunft, die aus den Erstaufnahme- oder Inhaftierungszentren entlassen wurden. Offene Zentren stellen auch bestimmte Dienste bereit und erleichtern den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie der medizinischen Versorgung oder den Zugang zur Bildung für Minderjährige. Die der AWAS zugewiesenen Asylsuchenden erhalten die Erlaubnis, bis zu einem Jahr in diesen Zentren zu wohnen. Wenn sie keine Arbeit haben, erhalten sie Unterstützungsleistungen. Vor kurzem hat Malta auch von der AWAS betriebene Erstaufnahmezentren eingeführt. Neuankömmlinge dürfen in solchen Zentren für eine sehr kurze Zeit wohnen, falls sie eine entsprechende medizinische Genehmigung besitzen.

e) Carmelo Abela - Minister des Innern und der nationalen Sicherheit

Malta vertritt in Sachen Migration den Standpunkt, dass die Mitgliedstaaten der EU für die Bewältigung der hohen Zahl der Neuankömmlinge gemeinsam verantwortlich sein sollten. Migration ist ein globales Thema, und alle Länder müssen ihren Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen und zur Lösung des Konflikts, der die Menschen zur Flucht zwingt, leisten. Der Schwerpunkt muss jetzt auf der Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans zur Bewältigung der Migration liegen, auf den sich die EU und afrikanische Länder auf dem Gipfel in Valletta geeinigt haben. Die EU muss für eine wirklich gemeinsame Migrations- und Asylpolitik sorgen. Die maltesische Regierung hat jedoch Bedenken gegen den jüngsten Vorschlag der EU zur Einrichtung eines Amtes für die europäische Grenz- und Küstenwache, insbesondere im Hinblick auf die praktische Umsetzung des Vorschlags.

Die maltesische Regierung hält es für wichtig, auch NGO in den Migrationsprozess einzubinden, auch wenn sie sich nicht immer mit ihnen einig ist. Beispielsweise fordern die maltesischen Behörden die systematische Vollstreckung von Rückkehrenscheidungen, während sich die NGO dafür aussprechen, auch irreguläre Migranten zu integrieren, die nicht in ihr Heimatland zurückgeführt werden können. Migranten müssen eine menschenwürdige Arbeit erhalten können. Folglich müssen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen miteinbezogen werden, um die Ausbeutung von Arbeitskräften und die Schwarzarbeit zu bekämpfen sowie die Arbeitsvermittlung mithilfe eines Registers der Fähigkeiten und Qualifikationen von Migranten auf den Weg zu bringen.

f) Migrant Offshore Aid Station (MOAS)

Obwohl die MOAS ihren Sitz in Malta hat, sind sowohl die Mitarbeiter dieser NGO als auch ihr Einsatzgebiet äußerst international. Die MOAS verfügt über zwei Schiffe, mit denen bisher 12 000 Menschen im Mittelmeer gerettet wurden. Derzeit ist sie im Ägäischen Meer aktiv, wird jedoch in diesem Frühjahr einen neuen Einsatz im zentralen Mittelmeerraum starten. Aufgrund ihrer Erfahrung wäre die MOAS in der Lage, ihren Tätigkeitsbereich auszuweiten, wofür jedoch die finanziellen Mittel fehlen. Die Einsätze sind sehr kostenintensiv. Ihre Finanzierung hängt von der Unterstützung durch Gründungsmitglieder und Geldgeber sowie Spenden und Crowdfunding ab. Um ihre Arbeit in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken und die finanzielle Unterstützung sicherzustellen, lässt die MOAS gelegentlich Journalisten an Bord, damit diese über die Rettungseinsätze berichten. Die Einsätze der MOAS finden unter Aufsicht des jeweils zuständigen Lands statt, das auch vorgibt, wo die geretteten Personen abzusetzen sind.

g) Diskussionsforum zum Thema Integration von Flüchtlingen

Teilnehmende Organisationen: Jesuiten-Flüchtlingsdienst Malta; ADITUS-Stiftung; maltesischer Auswandererausschuss (Malta Emigrants' Commission); maltesische Arbeitergewerkschaft (UHM); maltesischer Gewerkschaftsbund; maltesische Kammer für Handel, Unternehmen und Industrie (MCCEI); Stiftung für Unterkunft und Unterstützung für Migranten (FSM); und die African Media Association Malta.

Da die Migrationsströme nach Malta und in andere europäische Länder andauern werden, ist für die Bewältigung der Situation ein langfristiges Konzept notwendig, das eine Integrationsstrategie umfassen muss, deren Schwerpunkt auf der Berufsbildung und der Eingliederung in den Arbeitsmarkt liegt. Der Preis eines Verzichts auf Integration ist weit höher als der mit Integration verbundene Kostenaufwand. Die meisten Migranten, die derzeit nach Europa gelangen, befinden sich im erwerbsfähigen Alter; die Gesellschaft muss sich aber auch auf die Zeit vorbereiten, wo diese Personen ins Rentenalter kommen.

Derzeit sind viele Migranten für die Arbeit, die sie ausüben, überqualifiziert. Sie fühlen sich in einer Sackgasse, ohne Aussicht auf einen besseren Arbeitsplatz. Die wirksame Integration von Migranten, die eine neue Arbeit gefunden haben, wird durch verwaltungstechnische Hürden behindert, die überwunden werden müssen, um ein Bankkonto zu eröffnen oder eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Migranten sind oft nicht ausreichend über ihre Rechte informiert und trauen sich nicht, einer Gewerkschaft beizutreten. Arbeiten sie ohne Vertrag, kann dies zu Ausbeutung und Problemen vor allem in Bezug auf Unfälle am Arbeitsplatz und der Vergütung für ihre Arbeit führen.

Die Regierung muss bei der Bekämpfung von institutionellem und gesellschaftlichem Rassismus eine Führungsrolle übernehmen. Integration ist ein auf Gegenseitigkeit beruhender Prozess, für den sich alle Beteiligten einsetzen müssen. Umfassende und langfristige Bildungsmaßnahmen sind hinsichtlich der Dynamik der Immigration erforderlich.

NGO waren bisher vom Dialog mit den Ministerien ausgeschlossen, an dem jetzt Migranten unmittelbar beteiligt sind. Die Teilnehmer hielten es für besser, Migranten, die u.U. nicht immer in der Lage sind, offen und kritisch gegenüber der Regierung zu sein, von NGO vertreten zu lassen. Ebenso sollte die Regierung Gewerkschaften und Unternehmer- und Arbeitgeberverbände in den Dialog über die (Arbeitsmarkt-) Integration sowie die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz einbeziehen.

Die Teilnehmer begrüßten die Initiative des EWSA zur Veranstaltung eines Diskussionsforums, das ihnen die einzigartige Gelegenheit bot, mit anderen Akteuren zu sprechen, mit denen sie sonst nur selten zusammenkommen. Sie beschlossen, die gleiche Veranstaltungsform für künftige Diskussionen beizubehalten.

2. Schlussfolgerungen

Zwischen November 2014 und November 2015 haben 1 763 Menschen in Malta einen Asylantrag gestellt. Jeden Monat beantragen höchstens 200 Menschen Asyl in Malta. Sie kommen nun zumeist mit dem Flugzeug und nur noch selten (zuletzt im Januar 2015) mit dem Schiff im Land an. Die meisten Asylbewerber stammen aus Syrien und Libyen.

Offenbar wird sich die Migration nach Europa fortsetzen - und dies wahrscheinlich in massiver Form. Migrationsrouten und -profile ändern sich stets, sodass die betroffenen Länder flexibel sein und sich diesen Veränderungen anpassen müssen. Die Regierungen müssen entsprechend vorbereitet sein. Die

maltesische Regierung muss wie die anderen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten über die erforderlichen Instrumente zur Bewältigung der gegenwärtigen Situation und die Möglichkeiten der langfristigen Behandlung von Schubfaktoren nachdenken.

Bis vor kurzem wurden Asylsuchende in Malta während ihres Asylverfahrens häufig unter schlechten Bedingungen inhaftiert, was weder dem EU- noch dem Völkerrecht entsprach. Um dies zu ändern, wurden kürzlich entsprechende Schritte unternommen und offene Zentren eingerichtet.

In seiner derzeitigen Form funktioniert das Umverteilungssystem nicht. Das gemeinsame europäische Asylsystem (GEAS) wird nicht funktionieren, wie es sollte, solange nicht alle geplanten Hotspots in Betrieb sind und eine effektive Umverteilung der Asylsuchenden stattfindet. Dazu müssen die Mitgliedstaaten ihre Versprechen hinsichtlich der Mitarbeiter, die in den Hotspots eingesetzt werden sollen, sowie der Anzahl der aufzunehmenden Asylsuchenden einhalten.

Eine wirksame Rückkehrpolitik ist daher unbedingt erforderlich. Die Rückkehrpolitik der EU funktioniert offensichtlich nicht. In einigen europäischen Ländern (wenngleich nicht in Malta) enden viele Betroffene auf der Straße, und damit in einer irregulären Situation, nachdem sie ihre Rückkehranordnung erhalten haben. Obwohl ihr irregulärer Status sie in vielen Fällen nicht daran hindert, eine Beschäftigung zu finden, arbeiten sie häufig ohne Vertrag, sind nicht gegen Arbeitsunfälle versichert, haben keinen vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung und finden nur schwer eine geeignete Unterkunft. Derartige prekäre Verhältnisse sollten vermieden werden.

Malta verfügt derzeit noch nicht über eine ausgestaltete Migrationspolitik und/oder über eine Politik zur Integration von Flüchtlingen. Jedoch hat das Land vor kurzem damit begonnen, eine Integrationsstrategie zu entwickeln. Einige NGO bieten gewisse Dienste oder Hilfen für die Integration an. Allerdings gibt es kein umfassendes Konzept oder keine ausreichende Koordinierung.

Obwohl theoretisch in Malta jeder, der ein Stellenangebot erhält, arbeiten kann, benötigt der Erhalt der erforderlichen Arbeitserlaubnis häufig sehr lange. Viele Migranten arbeiten ohne offiziellen Vertrag; und bisher mangelte es an der Bereitschaft, dies zu ändern. Dies führt zu Problemen in puncto Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, sozialer Sicherheit, Altersvorsorge usw. Sowohl Arbeitgeber als auch Gewerkschaften müssen an einem sozialen Dialog beteiligt sein, um die wichtige Frage der Integration der Arbeitsmigranten in den Arbeitsmarkt anzugehen und die Achtung sämtlicher Rechte der Betroffene zu gewährleisten, einschließlich einer gesunden und sicheren Arbeitsumgebung.

Maltesische Arbeitgeber sind nicht ausreichend über die Beschäftigung von Migranten informiert, auch wenn es in bestimmten Wirtschaftsbereichen einen offensichtlichen Bedarf an ausländischen Arbeitskräften gibt.